

Sachgebiet: 400

Hauptschlagwort: Gesetz zur Ergänzung des Rechts zur
Anfechtung der Vaterschaft

Titel:

Gesetz zur Ergänzung des Rechts zur Anfechtung der Vaterschaft

Initiative:

Regierungsvorlage

Zustimmungsbedürftig: Ja

Inhalt:

Schaffung eines befristeten Anfechtungsrechts für Träger öffentlicher Belange bei Vaterschaftsanerkennungen nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch, Erhalt der Kindschaftsrechtsreform 1998 und Abschaffung des Missbrauchs, nach dem Männer, die nicht die biologischen Väter sind und auch kein soziales Vater-Kind-Verhältnis haben, Vaterschaften anerkennen mit dem Zweck der Änderung des Aufenthaltsstatus anderer beteiligter Personen; Änderung und Ergänzung versch. §§ Bürgerliches Gesetzbuch, § 29a Personenstandsgesetz, versch. §§ Aufenthaltsgesetz, § 640d Zivilprozessordnung und Artikel 229 Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch.

Im Gesetzesvollzug entstehen nicht abschätzbare Kosten für öffentliche Haushalte durch die Einrichtung einer zuständigen Behörde sowie durch Gerichtsverfahren.

Gang der Gesetzgebung:

BR Drs. [624/06](#) vom 1.9.2006: Zuweisung an RechtsA(f), AfFrJug, FinanzA und InnenA

- PIPr [826](#) vom 13.10.2006: Stellungnahme

BT Drs. [16/3291](#) vom 8.11.2006

- 1. Beratung am 1.2.2007, PIPr [16/79](#): An RechtsA(f), InnenA, AfFSFJ und AfG überwiesen